

Ignaz Lozo

Kriegsgrund NATO?

Putins Weg in den Neo-Imperialismus

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2026
Hermann-Herder-Str. 4, 79104 Freiburg
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich an
produktsicherheit@herder.de

Lektorat: Jürgen Schreiber, Halle (Saale)
Umschlaggestaltung: www.zero-media.net
Umschlagmotiv: FinePic®, teilweise bearbeitet mit ChatGPT
Satz: Arnold & Domnick, Leipzig
Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-03784-9
ISBN E-Book (E-Pub): 978-3-451-84323-5
ISBN E-Book (PDF): 978-3-451-84320-4

Für meinen Sohn Marc

Inhalt

Vorwort	8
1 Die Erweiterung der NATO als Putins Kriegsgrund	13
2 Putin-Versteher vs. Putin-Kenner	25
3 Wortbruch in der NATO-Frage? Wie es wirklich war	42
4 NATO, Russland, Ukraine und Putins Aufstieg 1990-1999	66
5 Russland in die NATO? Beginn der Putin-Ära	121
6 „Volle Kooperation“ Putins mit der NATO und der Ukraine . . .	131
7 Die NATO-Beitritte 1999 und 2004 – Widerstand aus Moskau?	148
8 Farbrevolutionen und Putins wachsende Angst vor der Demokratie	161
9 Arabischer Frühling und die gefälschte russische Parlamentswahl 2011	187
10 Putins Krim-Mythos und die Annexion 2014	202
11 Warum Putin die Ukraine 2022 wirklich überfiel	211
12 Schlussbemerkung und Ausblick	216
Dank	223

Anhang	224
Dokumente (in Auszügen)	224
KSZE-Schlussakte von Helsinki von 1975	224
Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 (Zwei-plus-Vier-Vertrag)	225
Charta von Paris für ein neues Europa von 1990	225
Memorandum on Security Assurances in Connection with Ukraine's Accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons von 1994 (Budapester Memorandum)	226
Treaty on Friendship, Cooperation and Partnership between Ukraine and the Russian Federation (1997)	227
Treaty between Ukraine and the Russian Federation on the Ukrainian-Russian State Border (Ukrainisch-Russischer Grenzvertrag von 2003)	228
Interviews	228
Interview mit dem Autor in <i>Die Welt</i> vom 26.2.2022: „Gorbatschow bestreitet energisch, betrogen worden zu sein“	228
Interview mit dem Autor in <i>Die Welt</i> vom 10.4.2022: „Zumindest in diesen Fragen ist Gysi eine kenntnisfreie Plaudertasche“	232
Anmerkungen	236
Quellen- und Literaturverzeichnis	249
Personenregister	252
Bildnachweis	255

Vorwort

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten. Ich habe schon vorhin gesagt: Wir sind für vertragliche Regelungen der Beziehung zwischen Westberlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (...).“ Diese viel zitierte Beschwichtigung des damaligen DDR-Machthabers Walter Ulbricht aus dem Juni 1961, rund zwei Monate vor dem Bau der Mauer in Berlin, kommt in Erinnerung, wenn man an die Tage vor der russischen Großinvasion in die Ukraine im Februar 2022 denkt.

Kreml-Chef Wladimir Putin hatte während des Truppenaufmarsches vor den Grenzen der Ukraine gleichfalls abgewiegt: Er habe nicht die Absicht, einen Krieg gegen die Ukraine zu beginnen. Und er sagte 2025 mehrfach, dass er nicht die Absicht habe, Westeuropa in Zukunft militärisch anzugreifen. Solche Unterstellungen seien „Blödsinn“, er könne den westlichen Staaten diese Nichtangriffsabsicht auch schriftlich geben, falls sie dies wünschten. Demnach ließe sich alles schriftlich oder vertraglich regeln.

Putin muss davon überzeugt gewesen sein, dass seine Unterschrift noch einen bindenden Wert hat, weil es im Westen scheinbar noch genügend Menschen gibt, die einer schriftlichen Zusage oder einem von ihm unterschriebenen Vertrag Glauben und Vertrauen schenken – trotz der Tatsache, dass er durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine zahlreiche Verträge und Abkommen gebrochen hat. Selbst ein Friedensvertrag mit der Ukraine wäre nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre ein unzuverlässiges Konstrukt.

Putins Irreführungen und Vertragsbrüche in der Vergangenheit hielten bestimmte Politiker und Medienschaffende in Deutschland leider nicht davon ab, seinen bekundeten Frie-

densabsichten und seinem vorgeblichen Willen, den Krieg durch Diplomatie zu beenden, sehr lange zu vertrauen. Die Vertreter dieser Politik behinderten – respektive verhinderten – eine rechtzeitige und effektive militärische Hilfe des Westens für die Ukraine.

Aber noch schwerer wiegt, dass die sogenannten Putin-Versteher, von denen viele im Ergebnis die Politik Putins verteidigen, dessen Erzählung übernahmen und öffentlichkeitswirksam reproduzierten. So erklärten sie, dass der wesentliche Grund für den Kriegsausbruch die Missachtung der russischen Sicherheitsinteressen gewesen sei – und vor allem: dass die NATO (North Atlantic Treaty Organisation) sich entgegen den angeblichen Zusicherungen von 1990 nach Osten ausgedehnt und somit ihr Wort nicht gehalten habe.

Damit wurde die Kriegsschuldfrage auf den Kopf gestellt, der Täter moralisch entlastet sowie die Hilfe für die angegriffene ukrainische Bevölkerung unterminiert. Ich benutze den Begriff „Putin-Versteher“ bewusst, auch wenn die Angesprochenen ihn überwiegend nicht mögen. Denn es schwingt in ihm die fatale Verteidigung des Aggressors mit.

Lange vor der Planung dieses Buches konnte ich persönlich mit den politischen Entscheidern in Ost und West sprechen, die die NATO-Erweiterung 1990 erstmals auf den Weg gebracht hatten, ebenso mit politischen Zeitzeugen. Zu ihnen gehören unter anderen der ehemalige US-Außenminister James Baker, sein bundesdeutscher Kollege Hans-Dietrich Genscher, sein Moskauer Kollege Eduard Schewardnadse sowie allen voran: Michail Gorbatschow, damals Kreml-Chef; ferner dessen Verteidigungsminister Marschall Dmitri Jasow. Aber auch Leonid Krawtschuk, erster Präsident der Ukraine, empfing mich in Kyjiw (Kiew) zu einem Gespräch. Mit dem ersten Nachkriegspräsidenten Litauens, Vytautas Landsbergis, traf ich mich in Frankfurt am Main, mit dem ehemaligen NATO-Vertreter

der USA, John Kornblum, in Berlin. Diese exklusiven Quellen sind von besonderer Bedeutung, da viele Gesprächspartner mittlerweile verstorben sind. Außerdem fand ich im Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin einige Akten zu dem hier behandelten Themenkomplex, die ebenfalls in die Darstellung eingeflossen sind.

Dieses Buch handelt von Russland und der Ukraine und geht der Frage nach, ob Putin schon immer ein Anti-Demokrat mit neo-imperialen, revisionistischen Absichten gewesen ist oder ob er sich im Laufe der Jahre zum Diktator und Aggressor gewandelt hat. Und es geht der Behauptung nach, der Westen habe Russland in der Frage der NATO-Erweiterung betrogen und in seinem Verhältnis zu Russland Fehler gemacht. Das Buch handelt hingegen nicht von US-Präsident Donald Trump, einem verurteilten Straftäter, und dessen verwahrloster und planloser Politik insbesondere in seiner zweiten Amtszeit. Denn oft verweisen die Putin-Versteher auf die Untaten und Völkerrechtsbrüche anderer Staaten, um die Aggressionen Russlands zu relativieren oder gar zu rechtfertigen. Bisher ist aber – anders als gegen Putin – weder gegen Trump, der 2024 zumindest demokratisch gewählt worden ist, noch gegen den chinesischen Staatschef Xi, der sich nie einer Volkswahl gestellt hat, ein internationaler Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen ausgestellt worden. Putin hat mit einer riesigen Armee das Nachbarland Ukraine am Boden und aus der Luft überfallen. Er ließ Hochhäuser, medizinische Einrichtungen, Kindergärten bombardieren, Zigtausende Kinder entführen und zu Russen „umerziehen“, er trieb Millionen Zivilisten mit purem Terror in die Flucht.

Krieg und Terror kenne ich aus eigener Anschauung. Mitte der 1990er-Jahre war ich für das ZDF als Sonderkorrespondent im eingeschlossenen und bombardierten Sarajevo im Einsatz, wo mein Team und ich nur haarscharf den serbischen Grana-

tenbeschuss unseres gepanzerten Wagens überlebten.* Wir haben später die Befreiung der belagerten Stadt durch Bombenangriffe der NATO auf serbische Stellungen erlebt. In unserem Büro zitterte der Boden durch die Druckwellen der Einschläge. Unvergesslich.

Die vorangegangene westliche Appeasement-Politik, die endlosen Verhandlungen mit den Kriegstreibern Slobodan Milošević, Radovan Karadžić oder Ratko Mladić und schließlich die Verwischung der Opfer- und Täterzuordnung hatten den Krieg und das Leid der Bevölkerung verlängert. Gewiss: Russland ist eine Nuklearmacht und kann selbstverständlich nicht mit den serbischen Aggressoren in den Balkankriegen verglichen werden.

Die heutigen Informationsmöglichkeiten unterscheiden sich fundamental von der Zeit Mitte der 1990er-Jahre. Der Zugang zu russischen und ukrainischen Originalquellen im Internet, wozu auch die russischen Staatssender gehören, ermöglicht es, dass man alle Seiten beinahe immer in Realtime im Original hören und online im Original lesen kann – ohne redaktionelle Bearbeitung und Übersetzung durch Dritte. Dieser technische Luxus im Vergleich zu früher hat dazu geführt, dass ich das vorliegende Buch auf eine sehr breite Quellenbasis stellen und es vor allem quellenkritisch verlässlich verfassen konnte.

Wenngleich ich in Osteuropäischer Geschichte promoviert wurde und auch dieses Buch wissenschaftlich fundiert ist, war ich beim Verfassen davon geleitet, es möglichst lebendig und unterhaltend zu gestalten. Meine Erlebnisse und die Arbeit in

* Peter Sartorius: Die Kolonie der Unerschrockenen. Wie Bonner Vertreter, die humanitären Helfer und ein paar Fernsehreporter mit den Gefahren der belagerten Stadt zurechtkommen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 22.6.1995, S. 3; Hans-Christoph Buch: Normalität und Geschützdonner. In: *Die Zeit*, 22.6.1995, S. 2.

Moskau – zunächst als Fernsehkorrespondent, später als Historiker – mit all den Reisen durch Osteuropa sind hier punktuell eingeflossen.

Wiesbaden, im August 2026

Ignaz Lozo

1 Die Erweiterung der NATO als Putins Kriegsgrund

Kreml-Chef Wladimir Putin und sein Gefolgsmann Dmitri Medwedew, der formal von 2008 bis 2012 russischer Präsident war, stellten die Behauptung auf, im Zuge der deutschen Wiedervereinigung hätte die damalige sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow die Zusage erhalten, die NATO würde sich nicht nach Osten ausdehnen. Diese Behauptung würde, wenn sie zuträfe, bedeuten, Gorbatschow persönlich sei von seinen westlichen Partnern betrogen worden und die deutsche Einheit wäre nur mithilfe eines falschen Versprechens des Westens möglich gewesen. Putin sagte am 18. März 2014 im Kreml anlässlich der Annexion der Krim und der Unterzeichnung des sogenannten Beitrittsvertrags: „Wir wurden in der Vergangenheit vom Westen oft betrogen. So war es auch mit der NATO-Osterweiterung.“

Am 17. Dezember 2025 trat Putin im russischen Verteidigungsministerium auf, sprach vor den Militärs und dem Nationalen Sicherheitsrat. Er sagte wörtlich:

„Nicht wir haben den Krieg 2022 begonnen, sondern die destruktiven Kräfte in der Ukraine mit der Unterstützung des Westens – ja im Grunde war es eigentlich der Westen, der diesen Krieg entfesselt hat. Wir wollen den Krieg nur beenden und dass er aufhört (...).“¹

Erstaunlich, dass Putin öffentlich das Wort „Krieg“ in den Mund nahm, was seinen Bürgern, aber insbesondere den Medienschaffenden und den Politikern verboten ist. Dies wird als „Diskreditierung der Streitkräfte“ und öffentliche Verbreitung „wissentlich falscher Informationen“ über den Einsatz der rus-

sischen Streitkräfte gewertet, was eine Geldstrafe oder gar eine Freiheitsstrafe nach sich ziehen kann.

Unmittelbar vor der Behauptung, dass die Ukraine und der Westen den Krieg begonnen hätten, bemühte Putin wieder die NATO-Osterweiterung als vermeintlichen Beweis für den vermeintlich betrügerischen Westen:

„Man sagt uns auch heute wieder, dass wir nicht das Recht hätten, andere Staaten zu zwingen, deren Sicherheitsfragen so zu handhaben, wie es uns beliebt. Und ihnen das Recht zu nehmen, die Dinge so zu entscheiden, wie sie es für richtig halten. Aber wir nehmen doch niemandem sein Recht! Und wir verlangen nichts Außergewöhnliches! Wir bestehen einfach nur darauf, dass die uns gemachten Versprechen eingehalten werden! Es wurde doch öffentlich erklärt, dass es keine Erweiterung der NATO nach Osten geben werde! Es ist ihnen [den NATO-Staaten, I. L.] völlig egal. Und dann kam eine Erweiterungsrunde nach der anderen! Wir fordern nichts Außergewöhnliches. Ich wiederhole es noch einmal: Wir bestehen auf der Erfüllung der uns gegebenen Versprechen!“²

Putin führte seine Zuschauer und Zuhörer dann von den vermeintlichen Versprechen des Westens im Jahre 1990 direkt zum Krieg in der Ukraine, den er als Folge der angeblichen Rücksichtslosigkeit des Westens darstellte:

„Alle unsere Interessen haben sie ignoriert. Und schließlich kam es zum Staatsstreich in der Ukraine (...) Dann folgte die gewaltsame Unterdrückung des Südostens der Ukraine. Sie haben praktisch den Krieg entfesselt (...) Aber alle Versuche der Ferkel [sic!] im Westen, Russland zu zerstören, sind gescheitert.“

Ganz deutlich wurde der russische Außenminister Sergej Lawrow auf dem G20-Außenministertreffen in Johannesburg am 21. Februar 2025: Man könne den Krieg beenden, aber erst müsse man die Ursachen beseitigen. Die „in Europa unbedachte Erweiterung der Allianz [NATO, I. L.] hat zur ukrainischen Krise geführt“.

Die russische Erzählung hämmerte Lawrows Stellvertreter Sergej Rjabkow dem heimischen Publikum und auch der Öffentlichkeit in den NATO-Staaten am 9. Juni 2025 in einem Interview mit der staatlichen russischen Nachrichtenagentur TASS nochmals unmissverständlich ein:

„Man muss die Ursachen des Krieges beseitigen. Die NATO-Erweiterung steht da an erster Stelle. Ohne die Lösung dieses für uns grundlegenden und akuten Problems ist es schlichtweg unmöglich, den aktuellen Konflikt im euro-atlantischen Raum zu lösen.“

Der Westen hat also den Krieg begonnen? Die NATO-Erweiterung war der Grund für den russischen Angriff auf die Ukraine?

Putins Aussage darüber, wer den Krieg begonnen habe, erinnert an eine Strategie Hitlers, wenngleich der Kreml-Chef nicht mit Hitler auf eine Stufe gestellt werden kann und darf. Wohl aber gibt es Parallelen bezüglich der Art, Sachverhalte auf den Kopf zu stellen. Dies gilt vor allem hinsichtlich des deutschen Überfalls auf Polen 1939 und zwei Jahre später auf die Sowjetunion. Die „bolschewistische Bedrohung“ und die frei erfundenen polnischen Angriffe damals unter Hitler – die NATO-Erweiterung und der Versuch der Zerstörung Russlands heute unter Putin: Die Angegriffenen waren angeblich die Angreifer, also die Verursacher des Krieges.

Hitler hielt am 1. September 1939, unmittelbar nach der deutschen Invasion in Polen, eine Rede im Reichstag, wo er folgen-

de Lüge in die Welt setzte: „Polen hat heute Nacht zum ersten Mal auf unserem eigenen Territorium auch bereits mit regulären Soldaten geschossen. Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen. Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten.“

Putin gibt seit Jahren vor, die NATO als Bedrohung für Russland anzusehen. Am 2. Dezember 2025 äußerte er sich vor einem Treffen mit dem US-Sondergesandten Steve Witkoff in Moskau drastisch: „Wir haben nicht vor, mit Europa zu kämpfen. Das habe ich schon 100-mal gesagt. Aber wenn Europa kämpfen will und anfängt, dann sind wir dazu sofort bereit.“ Von den 32 NATO-Mitgliedstaaten sind 30 europäisch. Die beiden nichteuropäischen sind die USA und Kanada.

Putins Weisung, in Russland das Wort „Krieg“ im Zusammenhang mit der Invasion in die Ukraine nicht zu gebrauchen, erinnert ebenfalls an die Praktiken der Nationalsozialisten in den ersten Tagen des Zweiten Weltkriegs. Das Reichspropagandaministerium gab dem Rundfunk und der Presse die Sprachregelung vor, den Begriff „Krieg“ zu vermeiden, insbesondere in Überschriften. Dies ließ sich aber nicht lange durchhalten, denn nachdem am 3. September 1939 Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich wegen des Überfalls auf Polen den Krieg erklärt hatten, änderte sich die offizielle Sprachregelung.

Putin selbst hielt sich schon im ersten Jahr der Vollinvasion der Ukraine nicht an seine eigene Vorgabe, der zufolge es sich um eine „militärische Spezialoperation“ handle. Am 23. Dezember 2022 sagte er bei einer Ansprache vor dem russischen Sicherheitsrat in Jekaterinburg, dass man den *Krieg* in der Ukraine beenden wolle. Putins Sprecher Dmitri Peskow schob später nach, Putin habe gemeint, die „Spezialoperation“ so schnell wie möglich zu beenden und die damit verbundenen Ziele zu erreichen. Gemeint sei nicht gewesen, einen echten Friedensprozess zu starten.

In der russischen Öffentlichkeit ist der Begriff „Krieg“ nicht mehr tabu. Wladimir Solowjow, Talkmaster und wohl der wichtigste Propagandist Putins, bekam von diesem am 24. Dezember 2025 den Staatlichen Orden dritter Klasse für Verdienste um das Vaterland. Insgesamt gibt es vier Klassen, die erste als höchste, die vierte als niedrigste. Bei der Verleihungszeremonie im Kreml, die vom Staatsfernsehen übertragen wurde, hielt Solowjow, Jahrgang 1963, eine kurze und wohl auch für russische Ohren verstörende Dankesrede, die eher einem Appell gleichkam, sich freiwillig für den Kriegsdienst zu melden. Angesichts der hohen Zahl russischer Gefallener und der Tatsache, dass Nordkorea mit Soldaten in der Ukraine aushelfen muss, verwundert diese Dankesrede nicht. Putin stand einige Schritte neben Solowjow und schaute fast die ganze Zeit auf den Boden. Der Applaus fiel verhalten aus. Solowjow:

„Der Krieg hat meiner Generation den Lebenssinn zurückgegeben. Der Krieg hat uns den Stolz zurückgegeben. Es ist klar geworden, dass ein Mann für den Krieg geschaffen ist. Im Krieg kommt alles Gute zum Vorschein. Russen, egal welcher Ethnie oder Religion sie angehören, sind für den Sieg geschaffen. Das unterscheidet uns von allen anderen. Der Krieg ist seinem Wesen nach heilig. Wir wehren uns gegen das absolut Böse. Daher ist unser Sieg unausweichlich. Weil wir Russen sind. Weil Gott mit uns ist (...).“³

Aus der „Spezialoperation“ wurde sprachlich bald auch offiziell in Russland ein Krieg: Genau zwei Monate vor der Großinvasion in die Ukraine im Februar 2022 stellte sich Putin bei seiner alljährlichen großen Jahrespressekonferenz den Fragen der einheimischen und der internationalen Presse. Der Vertreter des britischen Fernsehsenders *Sky News* fragte ihn:

„Sie sprechen auch davon, dass Sie nicht die Absicht haben, die Ukraine anzugreifen. Können Sie vorbehaltlos garantieren, dass sie tatsächlich die Ukraine oder irgendeinen anderen souveränen Staat nicht angreifen werden, oder hängt das vom Lauf der Verhandlungen ab? Und noch eine Frage: Denken Sie, der Westen versteht Russland oder Ihre Absichten nicht?“

Putin: „Was die Garantien angeht und ob das vom Lauf der Verhandlungen abhängt: Unsere Handlungen hängen nicht vom Lauf der Verhandlungen ab, sondern von der bedingungslosen Gewährleistung der Sicherheit Russlands – sowohl heute als auch in der historischen Perspektive (...) Ich habe davon schon oft gesprochen – und Sie wissen es sicher auch: Keinen Zoll Richtung Osten hat man uns in den Neunzigerjahren gesagt! Und dann? Sie haben uns angeschwindelt. Einfach frech betrogen: Es gab fünf Erweiterungsrounds der NATO. Nicht wir bedrohen jemanden. Sind wir etwa an die Grenzen der USA gekommen? Oder an die Grenzen von Großbritannien oder sonst wohin? Zu uns ist man gekommen; und jetzt sagen sie noch: Nein, jetzt kommt auch die Ukraine in die NATO. Das bedeutet, auch dort werden die Militäranlagen stationiert. Oder von mir aus nicht in die NATO, sondern auf bilateraler Ebene werden Militärbasen und Angriffssysteme stationiert. Genau darum geht es. Und sie fordern von mir irgendwelche Garantien. Sie müssen uns Garantien geben – Sie! Und zwar unverzüglich, sofort (...) Was war der zweite Teil Ihrer Frage? Wiederholen Sie es.“

Sky News: „Was versteht der Westen Ihrer Meinung an Russland nicht?“

Putin: „Mir scheint, wir leben in verschiedenen Welten. Ich habe Ihnen gerade ganz offensichtliche Dinge erläutert. Wie kann man das nicht verstehen? Uns haben sie

[die NATO-Staaten, I. L.] gesagt: Wir werden uns nicht ausdehnen [mit der NATO, I. L.]. Doch sie dehnen sich aus.“⁴

Die Erzählung von der äußerlichen Bedrohung Russlands durch den Westen geht bei Putin einher mit der angeblichen inneren Bedrohung durch den Westen. Beides inszeniert er in erster Linie für die eigene Bevölkerung, um ihre Abwehrbereitschaft zu mobilisieren angesichts dieser angeblichen und unmittelbar bevorstehenden Gefahren. Putin sagte weiter:

„1991 haben wir uns selbst geteilt auf zwölf Teile. Richtig?⁵ Doch es besteht der Eindruck, dass unseren westlichen Partnern dies nicht genug ist. Ihrer Meinung nach ist Russland heute einfach sehr groß, weil sie sich selbst in kleine Staaten verwandelt haben – nicht in große Imperien, sondern in nichtgroße Staaten mit 60 bis 80 Millionen Einwohnern. Doch selbst nach dem Zerfall der Sowjetunion sind wir in Russland noch 146 Millionen. Und das ist ihnen noch zu viel. Mir scheint, nur dadurch kann man diesen ständigen Druck [des Westens, I. L.] erklären. In den 90er-Jahren hat die Sowjetunion [sic!] alles dafür getan, dass mit dem Westen und den USA normale Beziehungen entstehen. Ich sprach schon davon und wiederhole es noch einmal: auf unseren Atombasen und unseren Militärbasen saßen Vertreter der entsprechenden amerikanischen Geheimdienste. Sie gingen dort zur Arbeit – zu Objekten des atomaren militärischen Komplexes Russlands – jeden Tag, sie lebten dort. In der russischen Regierung arbeiteten zahlreiche Berater, unter ihnen Mitarbeiter der CIA. Was braucht ihr noch? Warum war es nötig, die Terroristen im Nordkaukasus zu unterstützen und klare terroristische Organisationen zu benutzen für den Versuch, die Russische Föderation zum Zerfall zu bringen? Und dann hat man begonnen, die

NATO nach Osten zu erweitern. Wir haben natürlich gesagt: Tut das nicht, ihr habt uns versprochen, es nicht zu tun. Die Antwort [des Westens, I. L.] war: ‚Wo ist das denn schriftlich niedergeschrieben? Habt ihr es [schriftlich, I. L.] nicht? Nun, dann ist es eben so. Geht doch sonst wohin. Uns ist völlig egal, was ihr für Sorgen habt.‘ Und so ging das Jahr für Jahr. Jedes Mal haben wir bissig geantwortet, haben versucht, es zu verhindern. Wir haben unsere Besorgnis geäußert. Und wieder: ‚Nein, geht weg mit euren Bedenken. Wir werden tun, was wir für richtig halten.‘ Eins, zwei, drei, vier, fünf – fünf Runden der NATO-Erweiterung. Also, warum versteht man uns nicht? Ich weiß es nicht. Sie fragen, was hier unverständlich ist. Mir scheint, dass alles sehr verständlich ist: Wir wollen unsere Sicherheit gewährleisten.“⁶

Dieser verbale Rundumschlag Putins gegen den Westen war kalkuliert und adressiert an seine Bevölkerung, wurde später von ihm – nach der Ukraine-Invasion – mehrfach wiederholt. Das Narrativ suggerierte den russischen Bürgern, dass der Westen Russland zerschlagen wolle und dass CIA-Agenten in russischen Atombasen ein und aus gingen. Dass der Westen im Nordkaukasus Terroristen unterstützt habe, um Russland zu schaden. Fakt ist – woran Putin nicht erinnerte –, dass es eine Vertragsgrundlage gab für die Präsenz von US-Amerikanern auf einigen sowjetischen, später russischen Militär- und Atombasen sowie Rüstungsfabriken. Es war der frühere Kreml-Chef Michail Gorbatschow, der mit dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan 1987 den sogenannten INF-Vertrag (*Intermediate Range Nuclear Forces Treaty*) unterzeichnet hatte, durch den eine ganze atomare Waffengattung abgerüstet und zerstört wurde: landgestützte Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern. Vor Gorbatschow war es nicht möglich gewesen, die Verschrottung von nichtvertrags-

konformen und die Produktion von neuen, vertragskonformen Waffen durch die Gegenseite vor Ort zu überprüfen. Und so waren auch die Sowjets und ab 1992 die Russen auf US-Basen, lebten dort lange, um die Abrüstung zu verifizieren. Inspektionen – vor allem dank Gorbatschow – wurden nicht mehr als Spionage, sondern als vertraglich festgelegtes Mittel angesehen, durch das politische Friedensstabilität hergestellt wird. Vertragsrechtliche Grundlage dieser Politik war insbesondere der INF-Vertrag, der eine drastische Reduzierung strategischer Atomwaffen festlegte und 1994 in Kraft trat, nachdem die Ukraine, Belarus und Kasachstan beigetreten waren. Die drei zu diesem Zeitpunkt bereits souveränen Nachfolgestaaten verfügten damals noch über sowjetische Nuklearwaffen.

Die US-Inspektionsteams kamen beispielsweise nach Wotkinsk im Ural, etwa 1 000 Kilometer östlich von Moskau, wo auch heute noch eine Endfertigungsanlage für Atomraketen-Triebwerke steht. Die Sowjets beziehungsweise später die Russen waren unter anderem am Air Force Plant 19 im kalifornischen San Diego stationiert. Michael Schultz gehörte von 1989 bis 1992 zum US-Inspektionsteam in Wotkinsk. Er berichtet, dass dieses Team aus 30 Personen bestand. Auf Rotationsbasis sei man neun Wochen in der Militäranlage in Wotkinsk gewesen, dann habe es drei Wochen Heimaturlaub gegeben. Die Zusammenarbeit mit den Sowjets respektive den Russen sei ausgezeichnet gewesen: „Zugang in die Anlage selbst hatten wir zu keinem Zeitpunkt, da dies laut Vertrag nicht gestattet war. Insofern ist der Spionage-Vorwurf Putins völlig absurd.“⁷ Das Team habe die Triebwerke begutachtet, die aus der Anlage kamen, und die Freigabe erteilt, wenn es sich um vertragskonforme Triebwerke gehandelt habe. Dies sei immer der Fall gewesen, so Schultz.

Publikumswirksam echauffierte sich Putin in der Jahrespressekonferenz ferner darüber, dass „in der russischen Regierung zahlreiche US-Berater“ gearbeitet hätten. Er behauptete

te, diese seien vom Geheimdienst CIA eingeschleust gewesen, um das Land zu destabilisieren. Fakt ist, dass Moskau für den Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ab Ende 1991 Hilfe insbesondere von den USA erbeten hatte. Hierzu waren Finanz- und Wirtschaftsfachleute in das Land gekommen, darunter Jeffrey Sachs (Harvard University) und David Lipton (Harvard University), der 2019 kommissarischer Direktor des Internationalen Währungsfonds werden sollte. All diese Berater – auch von der Weltbank – hatten in der Ära von Putins Amtsvorgänger Boris Jelzin sehr eng zusammengearbeitet mit der Reformregierung des damaligen russischen Ministerpräsidenten Jegor Gaidar und dessen Nachfolger Viktor Tschernomyrdin. Die ausländischen Berater wollten Russland wirtschaftlich auf die Beine helfen – und es eben nicht zerstören.

Dies alles liegt Jahrzehnte zurück. Es waren Zeiten und Zeichen der Kooperation und des Friedens zwischen Ost und West. Putin hat diese Nachweise der Entspannung und der Zusammenarbeit ins völlige Gegenteil umgedeutet – als vermeintliche Beweise der bösen Absichten des Westens.

Aber glaubt die russische Bevölkerung den Putin'schen Opfer-Erzählungen und seinem Narrativ zur NATO-Osterweiterung? Unterstützt sie mehrheitlich den Krieg gegen die Ukraine? Um das zu sagen, müsste es unabhängige Meinungsforschungsinstitute in Russland geben. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* nennt das Lewada-Institut „das einzige unabhängige Meinungsforschungsinstitut Russlands“.⁸ Das ist zwar nicht falsch, wenn man die Repressionsbedingungen berücksichtigt, die in Russland herrschen. Doch ist diese Etikettierung nicht haltbar, wenn man die Bedingungen zugrunde legt, die in europäischen Demokratien selbstverständlich sind.

Die Ergebnisse des Lewada-Instituts in Moskau bleiben dennoch die einzigen, die man für eine umfragegestützte Erkundung der öffentlichen Meinung gegenwärtig heranziehen

kann. Für den quellenkritischen Kontext ist es wichtig, die Lewada-Historie in ihren Grundzügen zu kennen: Das Institut ist 2003 aufgrund vorangegangener Schikanen entstanden. Vorher arbeiteten die Mitarbeiter im WZIOM, im Russischen die Abkürzung für „Allrussisches Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung“. Dieses wurde 1987 in der Gorbatschow-Ära gegründet, was der Glasnost-Politik (Politik der Offenheit) des damals neuen Kreml-Chefs entsprach. Im vierten Jahr unter Putin – 2003 – geriet das WZIOM unter die Kontrolle des Staates. Die Mitarbeiter kündigten daraufhin allesamt und gründeten das neue Lewada-Zentrum, benannt nach Juri Lewada (1930–2006), einem hochanerkannten Soziologen, der WZIOM mitgegründet hatte und nun Vorsitzender des nach ihm benannten Instituts wurde.

Die Meinungsforscher von Lewada bewegen sich auf dünnem Eis. 2016 hatte Putins Machtapparat das Institut als „ausländischen Agenten“ eingestuft und somit verwarnt, wie er es zuvor schon mit der Gorbatschow-Stiftung gemacht hatte. Die Folge ist eine Selbstzensur, sodass Putin oder das Regime nicht infrage gestellt werden. Warum aber darf das Lewada-Zentrum überhaupt weiterarbeiten, die beispielsweise ebenfalls in der Gorbatschow-Ära gegründete Menschenrechtsorganisation Memorial allerdings nicht, die 2021 verboten und in Moskau aufgelöst wurde, 2022 dann sogar den Friedensnobelpreis erhielt? Putins Machtapparat braucht unbedingt verlässlichere Daten, die ihm servile, staatsreue Institute nicht geben. Diktatorische Systeme haben ein essenzielles Interesse, zu wissen, wo Unzufriedenheit wächst und wo Risiken lauern. Unzufriedenheit bleibt bei Lewada statistisch, ist nicht politisch oder fordernd. Insofern darf und soll Lewada weiter in den gesteckten Grenzen arbeiten. Dies geschieht nicht als Ausdruck einer Rest-Liberalität in Russland, sondern ist bestimmt durch Pragmatismus und Eigennutz. Die Arbeitserlaubnis für Lewada ist ständig bedroht und kann je-

derzeit ohne Angabe von nachvollziehbaren Gründen entzogen werden.

Die Meinung der russischen Bevölkerung zum Krieg in der Ukraine hat sich laut den Lewada-Umfrageergebnissen, die für die Zeit bis August 2025 vorliegen, verändert: 66 Prozent der Russen waren damals für Friedensverhandlungen mit der Ukraine, um den Krieg zu beenden. Die Unterstützung für eine Fortsetzung der Kampfhandlungen war deutlich gesunken und betrug nur noch 28 Prozent.⁹ Allerdings begrüßte eine Mehrheit die offiziellen Forderungen des Kreml, dass die annektierten Gebiete nicht zurückgegeben werden. Zu bedenken ist bei diesen Umfragen, dass in einem diktatorisch regierten Land, das seine Bürger einschüchtert, Oppositionelle verfolgt und nicht selten ermorden lässt, die wahre Meinung möglicherweise aus Angst nicht immer artikuliert wird und die Ablehnung des Krieges weiter verbreitet sein könnte beziehungsweise dürfte.

Die Frage der NATO-Erweiterung und Putins Behauptung, der Westen habe Russland betrogen, waren nicht Gegenstand einer Meinungsumfrage, sondern bedürfen einer akribischen ereignisgeschichtlichen Untersuchung. Denn die Wirkmächtigkeit dieser Behauptung ist in Deutschland beachtlich. Die Choreografie scheinen die Kreml-Leute mit dem Regisseur der TV-Übertragung von Putins Jahrespressekonferenz Ende 2025 bestens abgestimmt zu haben: In der Studio-Totalen erscheint Putins Satz noch mal lange in überdimensionierten Großbuchstaben visualisiert für die russische Bevölkerung und für alle Welt: „WIR BESTEHEN AUF DER ERFÜLLUNG DER VERSPRECHEN, DIE UNS DIE WESTLICHEN PARTNER GEgeben HABEN.“¹⁰